



**Michael Gahler**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

STELLV. VORSITZENDER DES AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSSES  
ERSTER VIZEPRÄSIDENT DER PARITÄTISCHEN PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG AKP-EU

Herrn  
Dr. h.c. Johannes Gerster  
Präsident der Deutsch-  
Israelischen Gesellschaft e.V.  
Martin-Buber-Str.12  
14163 Berlin

Hattersheim, den 22.Mai 2009

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Gerster,

für Ihr Schreiben an die Kandidaten zur Wahl des Europäischen Parlaments betreffend die Politik Deutschlands und der EU gegenüber Iran danke ich Ihnen. Ich darf Ihnen auch im Namen meiner Kollegen der CDU/CSU-Gruppe antworten.

Zu verhindern, dass Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangt, ist ein Ziel, das die Weltgemeinschaft eint. Die entsprechenden Beschlusslagen des Weltsicherheitsrates sind gemeinsame Positionen, die man Iran entgegenhalten kann. Zwar gehen diese Beschlüsse im Sanktionsteil nicht weit, aber Iran weiß: niemand will, dass es in den Besitz der „Bombe“ kommt.

Es ist gleichwohl unwahrscheinlich, dass die Durchsetzung dieser gemeinsamen Forderungen auf globaler Ebene mit effektiven Sanktionen des Weltsicherheitsrates verwirklicht werden wird. Da wir uns einig sind, dass ein worst case Szenario einer auswärtigen bewaffneten Intervention zur Verhinderung der Erlangung von Atomwaffen im Iran nicht Realität werden sollte, bleibt meines Erachtens nur der Weg, unterhalb der Ebene der Vereinten Nationen ein möglichst breites Bündnis von Staaten zu einem konzertierten Vorgehen zu bewegen. Die EU und die USA sollten hierbei den Kern eines abgestimmten Vorgehens bilden.

Ich bin mir hierbei bewusst und würde es politisch so vertreten, dass damit auch Aufträge deutscher Firmen und Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen und deutsche Investitionen im Iran gefährdet würden. Die im Anhang Ihres Schreibens aufgelisteten Tatbestände würden, fänden sie künftig nicht mehr statt, sicher zunächst empfindliche Auswirkungen im Iran haben. Die Möglichkeit, dass Russland, China oder

Europäisches Parlament

ASP 10 E 217, Wiertzstr. 60  
B-1047 **Brüssel**  
Tel: +32-2-2845977, Fax: +32-2-2849  
[michael.gahler@europarl.europa.eu](mailto:michael.gahler@europarl.europa.eu)

LOW T 10 145  
F-67000 **Straßburg**  
Tel: +33-3-88175977, Fax: +33-3-88179977  
[www.michael-gahler.eu](http://www.michael-gahler.eu)



**Michael Gahler**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

andere in eine solche Bresche springen, wäre zwar nicht von der Hand zu weisen, sollte aber gleichwohl nicht als Begründung für ein „weiter so“ unsererseits dienen.

Daher bin ich auch bereit, entsprechende Initiativen im Europäischen Parlament zu unterstützen mit dem Ziel, gemeinsame europäische Maßnahmen herbeizuführen. Ob deutsches Voranschreiten vor anderen EU-Staaten hierbei zielführend ist, vermag ich nicht abschließend zu bewerten. Im Falle von vereinbarten Sanktionen ist die Streichung der Hermes-Bürgschaften allerdings nur konsequent. Für ein europaweites Verbot von Hisbollah und anderer gegen Israel kämpfender Terrororganisationen finden Sie unsere Unterstützung.

Sehr geehrter Herr Gerster,

gestatten Sie mir, diese Gelegenheit zum Anlass zu nehmen, Ihnen für Ihr jahrzehntelanges Engagement für das Existenzrecht Israels und die deutsch-israelischen Beziehungen zu danken.

Ich teile zutiefst Ihre Auffassung, dass das Existenzrecht Israels, seine Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit Teil der deutschen Staatsräson ist. Das stellt uns aktuell auch vor die Aufgabe, warnend das Wort zu erheben, wenn man den Eindruck hat, dass eine amtierende israelische Regierung den internationalen Konsens im Hinblick auf eine anzustrebende Zwei-Staaten-Lösung verlässt. Der Präsident des Europäischen Parlaments, unser Kollege Hans-Gert Pöttering, hat mehrfach zurecht darauf hingewiesen, dass jedem Menschen im Nahen Osten die gleiche Würde und Rechte zukommen, und dass uns die Angst in den Augen eines israelischen und eines palästinensischen Kindes gleichermaßen verpflichtet, auf eine Lösung hinzuarbeiten, die diese Angst überwindet und beiden Völkern gleiches Recht in sicheren und anerkannten Grenzen gewährleistet.

Bitte tragen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten dazu bei, Ihren Gesprächspartnern in Israel zu verdeutlichen, dass die EU, die USA und die internationale Staatengemeinschaft insgesamt weiterhin auf einer Friedensregelung im Rahmen einer Zwei-Staatenlösung bestehen, sowie auf einem sofortigen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem. Ich bin zutiefst beunruhigt zu sehen, wie die gegenwärtige israelische Regierung dabei ist, ihrem Land mit ihrem Kurs zu schaden und sich auf dem Weg zum Frieden zusätzliche Steine in den Weg zu legen.

Die Abstimmung über das wünschenswerte Upgrade der Beziehungen zu Israel hat das EP bereits vertagt, ja die Freunde Israels hatten zuletzt ein Interesse, dass vor der

Europäisches Parlament

ASP 10 E 217, Wiertzstr. 60  
B-1047 **Brüssel**  
Tel: +32-2-2845977, Fax: +32-2-2849  
[michael.gahler@europarl.europa.eu](mailto:michael.gahler@europarl.europa.eu)

LOW T 10 145  
F-67000 **Straßburg**  
Tel: +33-3-88175977, Fax: +33-3-88179977  
[www.michael-gahler.eu](http://www.michael-gahler.eu)



**Michael Gahler**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Wahl nicht mehr abgestimmt wurde, um zu verhindern, dass sich womöglich eine politische Mehrheit gegen das Upgrade hätte manifestieren können.

Wir müssen also beides tun – den Friedensprozess voranbringen und diejenigen in die Schranken weisen, die das Fehlen einer Lösung im Nahostkonflikt als Vorwand für ihre unakzeptablen politischen Ziele nutzen wollen, wie das im Iran der Fall ist.

Mit freundlichen Grüßen

Europäisches Parlament

ASP 10 E 217, Wiertzstr. 60  
B-1047 **Brüssel**  
Tel: +32-2-2845977, Fax: +32-2-2849  
[michael.gahler@europa.eu](mailto:michael.gahler@europa.eu)

LOW T 10 145  
F-67000 **Straßburg**  
Tel: +33-3-88175977, Fax: +33-3-88179977  
[www.michael-gahler.eu](http://www.michael-gahler.eu)